



Going International 2020

Erfahrungen und Perspektiven der deutschen Wirtschaft im
Auslandsgeschäft – Ergebnisse der IHK-Unternehmensumfrage

 **GemeinsamWeltweit**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Zusammenfassung

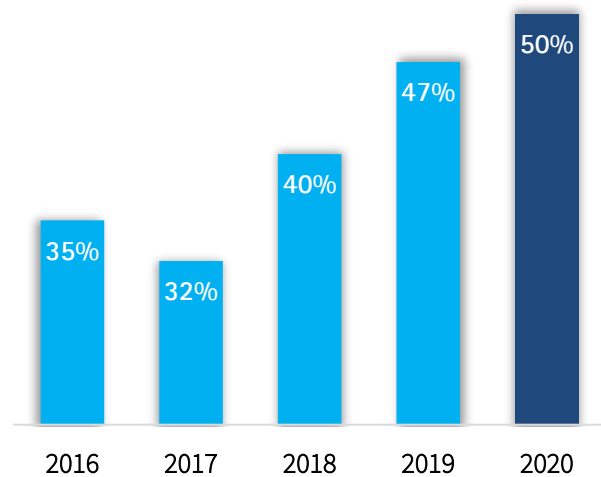
Die globale Corona-Krise ist das alles dominierende aktuelle Thema – auch des international agierenden Teils der deutschen Wirtschaft. Dennoch: Globale Handelskonflikte, neue Zölle und Handelsbarrieren haben schon zuvor die Realität der außenwirtschaftlich orientierten Unternehmen bestimmt. So registriert jedes zweite international aktive Unternehmen in Deutschland für seine Geschäfte in den vergangenen zwölf Monaten eine Zunahme von Handelshemmnissen im Ausland – so viele wie nie zuvor in dieser Umfrage.

Von den Betrieben, die einen Anstieg an Handelsbarrieren feststellen, beklagen 59 Prozent Benachteiligungen durch lokale Zertifizierungsanforderungen. Solche handelspolitischen Schranken führen zu höheren Kosten und längeren Lieferzeiten im Auslandsgeschäft. Unter Umständen verhindern sie sogar den Abschluss von Geschäften. 53 Prozent sind von den Auswirkungen von Sanktionen betroffen.

Vor allem in Russland, den USA und der MENA-Region kämpfen die Betriebe mit derartigen Hindernissen. Ein Drittel der Unternehmen ist zudem von zusätzlichen Zöllen betroffen, die vor allem von Seiten der USA gegenüber China, aber auch gegenüber Europa eingeführt wurden. All das führt zu per se geringeren Geschäftserwartungen der deutschen Unternehmen mit Auslandsaktivitäten. Hinzu kommen aktuell die globalen Auswirkungen aufgrund des Coronavirus, die in dieser Umfrage aufgrund des Befragungszeitraums im Januar und Februar 2020 nur sehr eingeschränkt dargestellt werden.

Viele Länder führen derzeit weitreichende Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie und zur wirtschaftlichen Abfederung ein. Etliche dieser Maßnahmen bergen die Gefahr, dass die Lieferketten beeinträchtigt sowie die Geschäftstätigkeiten international tätiger Unternehmen benachteiligt werden. Zudem besteht Anlass zur Befürchtung, dass manche dieser Maßnahmen auch über die Corona-Krise hinaus bestehen bleiben und längerfristige marktverzerrende sowie protektionistische Wirkung entfalten können. Hervorzuheben ist, dass auch in Krisenzeiten der Austausch von Waren möglich bleiben muss, zum Beispiel von Medizinprodukten. Die Corona-Krise sollte sich jedenfalls mittel- bis langfristig nicht zu einer Protektionismus-Krise entwickeln.

Anteil der Unternehmen, die eine Zunahme von Hemmnissen bei Ihren internationalen Geschäften gespürt haben



Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie vieler Länder und die regelmäßigen Berichte der Auslandshandelskammern (AHK) stellt der [DIHK auf seiner Webseite](#) bereit.

Weltweite Handelshemmnisse

Die deutschen Unternehmen blicken angesichts der aktuellen Herausforderungen im Zeitalter der Coronavirus-Pandemie, aber auch aufgrund eines ohnehin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeldes mit Sorge auf ihr Auslandsgeschäft. Bestehende und neu hinzugekommene Handelsbarrieren lagen schon ohne die Shutdowns wie Mehltau auf den Exportaktivitäten der deutschen Wirtschaft. 50 Prozent der Betriebe geben an, seit dem letzten Jahr von neuen Handelshemmnissen betroffen zu sein. Damit ist der Wert zum vierten Mal in Folge deutlich angestiegen und erreicht einen neuen Höchststand. Selbst wenn die Unternehmen also neue Geschäftschancen wahrnehmen wollen, sehen sie sich bei ihren Auslandsaktivitäten oft mit zeitintensiven und komplexen Vorgaben sowie mit Benachteiligungen zu Gunsten heimischer Wettbewerber konfrontiert. Im Zweifel führt dies auch dazu, dass Geschäfte gar nicht erst zustande kommen.

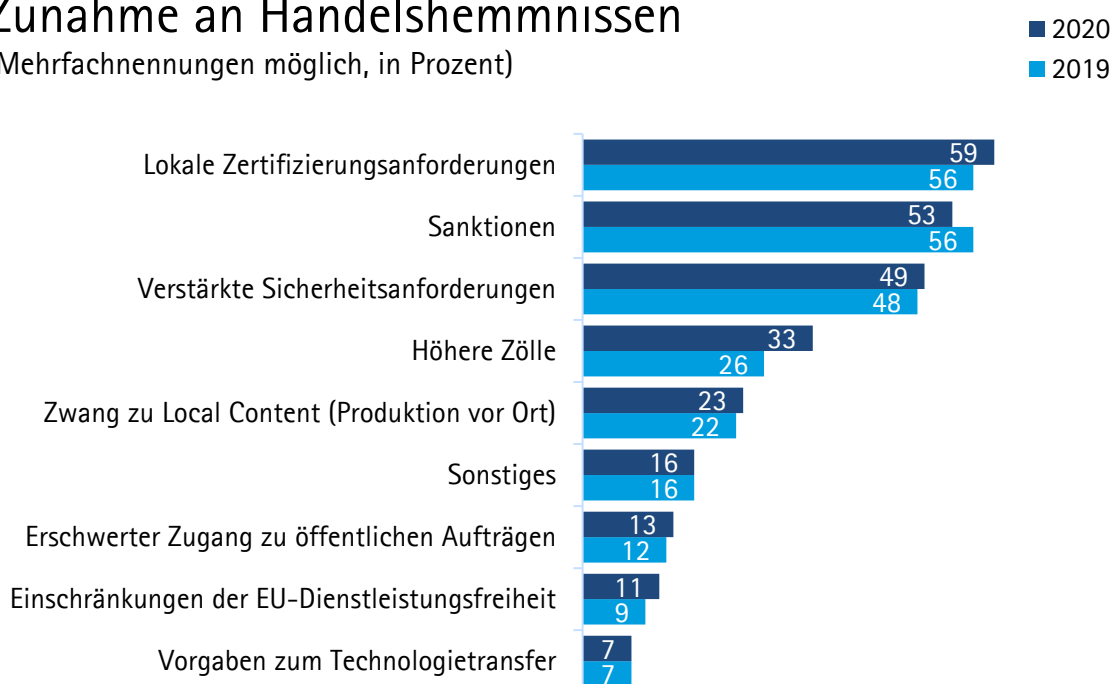
Wie in den Jahren zuvor nennen die Unternehmen mit 59 beziehungsweise 49 Prozent die steigende Anzahl lokaler Zertifizierungs- und

Sicherheitsanforderungen als zwei der drei Haupthandelsbarrieren. Dabei handelt es sich um zusätzliche Zertifizierungen beziehungsweise weitere Sicherheitsbestimmungen von Produkten, die zusätzlich zu den etablierten internationalen Standards gefordert werden. Solche handelspolitischen Schranken führen zu höheren Kosten und längeren Lieferzeiten im Auslandsgeschäft. Durch diese Zusatzanforderungen benachteiligen einzelne Staaten gezielt ausländische Unternehmen zu Gunsten der heimischen Wirtschaft - und deutlich zum Schaden der Konsumenten

Von den Unternehmen, die eine Zunahme von Hemmnissen gespürt haben, benennen 53 Prozent Sanktionen als Gefahr für das Auslandsgeschäft. Das beinhaltet auch die zahlreichen Gegensektoren, die einige Länder als Reaktion auf Sanktionsmaßnahmen eingeführt haben. Insbesondere das Element der Exterritorialität - der Umstand, dass ein Staat wie die USA Sanktionen auch für Unternehmen und Geschäfte außerhalb des eigenen Hoheitsgebietes verhängt - macht den Unternehmen zu schaffen.

Zunahme an Handelshemmnissen

(Mehrfachnennungen möglich, in Prozent)



Auch protektionistische Instrumente wie die Erhebung von Strafzöllen sind spätestens seit Beginn des Handelsstreites zwischen den USA und China zurück auf der Tagesordnung. Gleichzeitig wird die Welthandelsorganisation WTO als Hüterin des multilateralen Welthandels zunehmend in Frage gestellt. Gerade für die exportorientierte deutsche Wirtschaft bergen die aktuellen handelspolitischen Widrigkeiten große Risiken. Vor diesem Hintergrund steigt die Zahl der Betriebe, die sich mit neuen Zollabgaben konfrontiert sehen, im Vergleich zum letzten Jahr von 26 auf 33 Prozent stark an. 2017 lag der Wert noch bei 16 Prozent. Die Auswirkungen der US-Politik auf deutsche Unternehmen werden dadurch sehr deutlich.

Eine weitere Herausforderung für viele Unternehmen sind Local-Content-Vorschriften in vielen Ländern. Weiterhin beklagt mehr als jeder fünfte

Betrieb, dass ein steigender Anteil der Wertschöpfung vor Ort erfolgen muss, um nicht mit Zöllen belegt oder gänzlich vom jeweiligen Markt ausgeschlossen zu werden.

Im Zusammenhang mit den Local-Content-Vorschriften sehen sich deutsche Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gegenüber lokalen Firmen oft benachteiligt. Weiterhin geben 13 Prozent an, Benachteiligungen in Bezug auf staatliche Projekte erfahren zu haben.

Aber nicht nur weltweit bauen sich gegenwärtig Handelsbarrieren auf. Auch im gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt hadern die Unternehmen mit neuen bürokratischen Hürden. Elf Prozent der Betriebe berichten von Einschränkungen bei der EU-Dienstleistungsfreiheit. Die Vorgaben zum Technologietransfer bleiben mit sieben Prozent nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

Handelshemmnisse in den Regionen

Russland

Am stärksten spüren die Unternehmen die Zunahme von Handelshemmnissen weiterhin beim Russland-Geschäft (40 Prozent). Die Sanktionen der USA und der EU sowie die russischen Gegenmaßnahmen sorgen für mehr Bürokratie, in einigen Fällen sogar für einen Abbruch der Geschäftsbeziehungen. Darüber hinaus verfolgt die russische Regierung eine protektionistische Wirtschaftspolitik – zum Beispiel in Form von direkten Subventionen für lokale Unternehmen insbesondere im Bereich Landwirtschaft und Maschinenbau sowie in Form von Local-Content-Vorgaben.

Nordamerika

Die voranschreitende Abschottung der USA stellt die Unternehmen in der NAFTA-Region

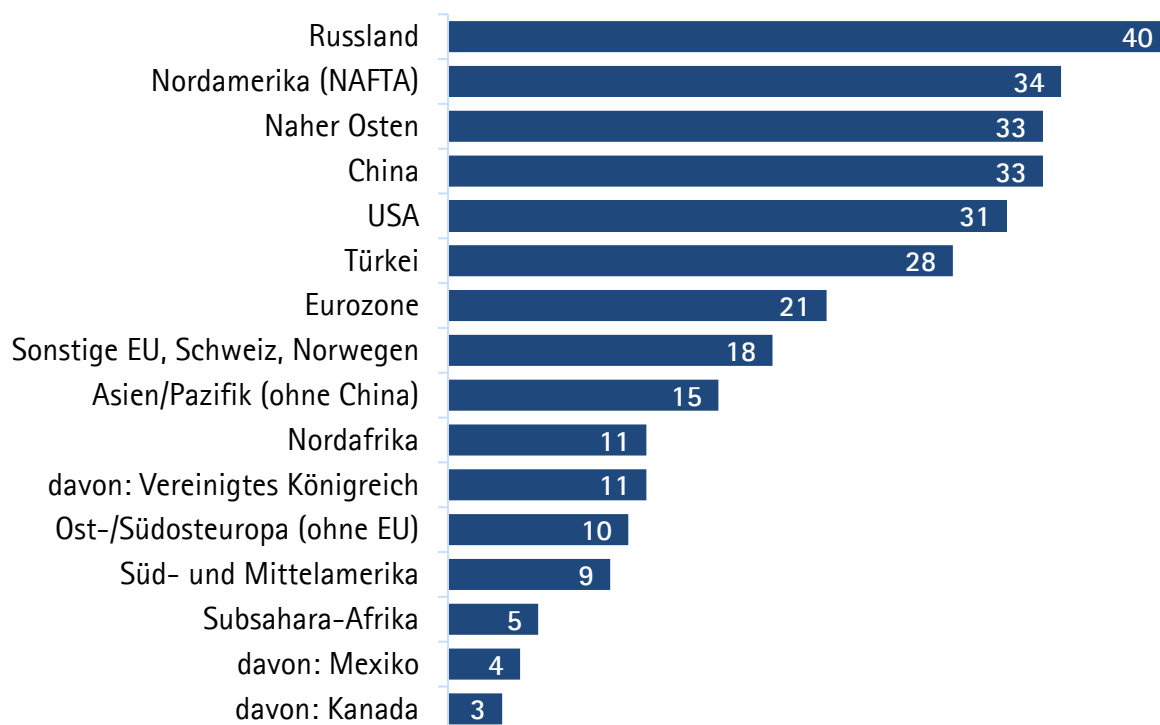
(Nordamerikanische Freihandelsabkommen) zunehmend vor Herausforderungen. Auch das neuverhandelte Handelsabkommen USMCA stellt an wichtigen Stellen eher eine Verschlechterung im Vergleich zu NAFTA dar.

China und Asien/Pazifik

Im China-Geschäft sind 33 Prozent der Unternehmen von neuen Handelsschranken betroffen. Insbesondere Vorgaben zum Technologietransfer, aber auch Verzögerungen bei der Einfuhr von Waren oder Joint-Venture-Zwang belasten die Geschäfte der deutschen Wirtschaft mit China. In der restlichen Asien-Pazifik-Region melden nur halb so viele Betriebe eine Zunahme der Handelsbarrieren (15 Prozent).

Zunahme an Handelshemmnissen

(Mehrfachnennungen möglich, in Prozent)



Europa

Trotz des gemeinsamen Binnenmarktes entstehen auch innerhalb der EU neue Handelsbarrieren. 21 Prozent der Unternehmen nennen zusätzlich Hemmnisse in der Eurozone, 18 Prozent in den restlichen Ländern der EU, Schweiz und Norwegen. Betroffen sind grenz-überschreitende Einsätze sowohl bei Dienstleistungen als auch bei Warenlieferungen, Messeteilnahmen, Geschäftsreisen und Kundenbesuchen.

Auch in der Türkei haben die Betriebe einen erheblichen Anstieg der Handelsbarrieren zu spüren bekommen. 28 Prozent der von zusätzlichen Handelshemmnissen betroffenen Unternehmen berichten von neuen Hindernissen in der Türkei. Insbesondere die Zollbürokratie wirft den Unternehmen trotz der gemeinsamen Zollunion mit der EU zunehmend Steine in den Weg. In Ost-/Südosteuropa haben die Handelsbarrieren mit zehn Prozent vergleichsweise gering zugenommen. Die dort aktiven Unternehmen beklagen vor allem Local-Content-Vorschriften.

Vereinigtes Königreich

Im Geschäft mit dem Vereinigten Königreich melden 11 Prozent der Unternehmen zusätzliche Handelshemmnisse. Diese werden mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union in den nächsten Jahren voraussichtlich stark zunehmen, da die bisher geltenden Vorteile des Binnenmarktes auf der Insel zukünftig nicht mehr gelten. Aus einem Binnenmarkt werden zwei Märkte, mit zunehmender regulatorischer Divergenz. Das Ausmaß der Handelshemmnisse wird sich in Zukunft nach derzeitigem Stand von Einschränkungen im Warenverkehr über neue Zertifizierungsanforderungen bis hin zu Zollkontrollen erstrecken.

Neue Hemmnisse durch Corona?

Im Zuge der letzten Weltwirtschaftskrise vor zwölf Jahren konnte der gemeinsame Einsatz der G20-Staaten einen großflächigen Ausbruch an protektionistischen Maßnahmen verhindern. Der [Global Trade Alert](#) untersucht seitdem jährlich neue Hemmnisse der G20-Staaten. Bereits jetzt ist abzusehen, dass eine ähnlich enge globale Kooperation zur Aufrechterhaltung der Märkte aufgrund der weltweiten Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie notwendig ist:

Bereits 54 Staaten haben Exportkontrollen für Medizingüter eingeführt. Der Dienstleistungshandel leidet schon jetzt unter den weltweiten Grenzsicherungen, etwa wenn der Architekt nicht zur Baustelle im Ausland kommt. Andere Staaten haben zudem Exportverbote für

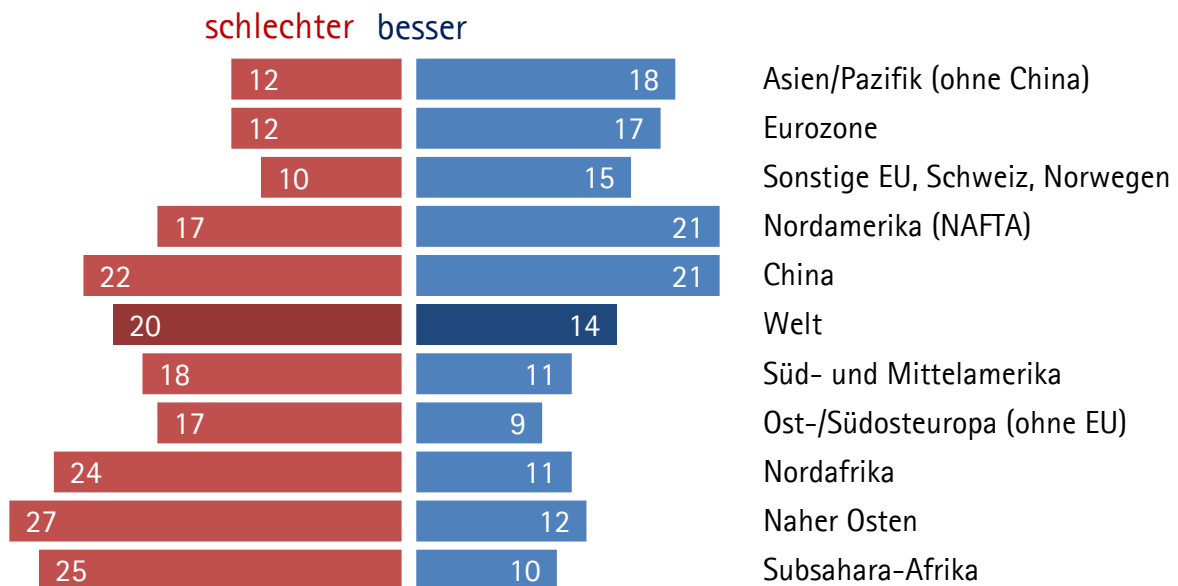
Nahrungsmittel verhängt und bestehen auf Buy Local-Zwängen für anstehende Corona-Hilfspakete. Insbesondere die für die deutsche Wirtschaft wichtigen engen Lieferketten innerhalb der EU sind stark durch die Corona-Maßnahmen betroffen. Deutsche Unternehmen müssen sich also auf neue Herausforderungen einstellen. Klar ist dabei: Gerade der für die Pandemiebekämpfung entscheidende Medizin- und Pharma-Bereich ist auf internationale Lieferketten angewiesen. Wichtig wäre es daher, dass die EU alle Länder auffordert, der WTO Pharmaceutical Zero-for-Zero Initiative beizutreten und diese auf alle Pharma- und Medizingüter auszuweiten. Diese und weitere handelspolitische Corona (Heraus-) Forderungen zeigt der DIHK in einer [aktuellen Veröffentlichung](#) auf.

Geschäftsperspektiven in den Weltregionen

Auch ohne die Auswirkungen der Corona-Pandemie ist das Wachstum vieler Volkswirtschaften im Jahr 2020 nur schwach. Die zahlreichen Handelskonflikte bremsen den weltweiten Handel von Gütern und damit die globale Konjunktur. Zunehmender Protektionismus, Zölle und Sanktionen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Lieferketten sorgen für Planungsunsicherheit – nicht nur bei den deutschen Unternehmen. Die Folge: Immer mehr Betriebe halten sich bei Investitionen zurück. In China, in den USA und in vielen Industrieländern gehen die Wachstumsraten zurück. Die daraus resultierende schwächelnde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen bekommen auch viele Entwicklungs- und Schwellenländer zu spüren.

Globale Geschäftsperspektiven der deutschen Wirtschaft

Anteile in Prozent



Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Kevin Heidenreich

Grafik

Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

April 2020